

ANTRAG

auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung des Eigenstromverbrauchs „Solar Invest“

Thüringer Aufbaubank
Bereich Agrarförderung / Infrastruktur / Umwelt
Abteilung Infrastrukturförderung
Postfach 90 02 44
99105 Erfurt

Nicht vom Antragsteller auszufüllen.
Eingangsstempel
Kundennummer
Projektnummer

1. Angaben zum Antragsteller (gemäß Richtlinie, Tz. 2)

Name des Projektträgers (alle Antragsteller)

Rechtsform		
<input type="checkbox"/> Kommune	<input type="checkbox"/> kleines oder mittleres Unternehmen*	<input type="checkbox"/> Stiftung
<input type="checkbox"/> kommunaler Eigenbetrieb	<input type="checkbox"/> Wohnungsgenossenschaft	<input type="checkbox"/> natürliche Person
<input type="checkbox"/> Zweckverband	<input type="checkbox"/> Verein	<input type="checkbox"/> Energiegenossenschaft (§ 3 Nr. 15 EEG 2017)
<input type="checkbox"/> kommunales Unternehmen	<input type="checkbox"/> gemeinnützige Gesellschaft	<input type="checkbox"/> Bürgerenergiegesellschaft (§ 3 Nr. 15 EEG 2017)

* Ausgenommen von der Förderung sind nach Art. 1 der De-minimis-Verordnung Unternehmen, die bspw. in der Fischerei oder Aquakultur, in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, in der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind.

Erfüllen Sie als Energiegenossenschaft bzw. Bürgerenergiegesellschaft die Voraussetzungen gemäß § 3 Nr. 15 EEG 2017?
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Postleitzahl / Ort	Straße / Postfach
---------------------------	--------------------------

Bundesland	Landkreis	Gemeindekennziffer
-------------------	------------------	---------------------------

Telefon tagsüber erreichbar (mit Vorwahl)	Fax (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse
--	--------------------------	-----------------------

Eintragung im¹

<input type="checkbox"/> Handelsregister	Auszugsnummer: _____	Amtsgericht: _____
<input type="checkbox"/> Genossenschaftsregister	Auszugsnummer: _____	Amtsgericht: _____

Bearbeiter

Name, Vorname	Telefon (mit Vorwahl)	Fax (mit Vorwahl)	E-Mail-Adresse

Bankverbindung

Name / Anschrift / Telefon der Hausbank (Zweigstelle, Filiale, Niederlassung)	
BIC	IBAN

Für das Vorhaben vorsteuerabzugsberechtigt
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

¹ Nur für Unternehmen und Genossenschaften auszufüllen

2. Angaben zum beantragten Vorhaben

Vorhaben

- Investitionen in Photovoltaikanlagen (gemäß Richtlinie, Tz. 2.1)**
 Investitionen in Batteriespeicher (gemäß Richtlinie, Tz. 2.2)**
 Investitionen in thermische Energiespeicher (gemäß Richtlinie, Tz. 2.2)**
 Beratungsleistungen zum Thema Mieterstrom (gemäß Richtlinie, Tz. 2.4)
 Investitionen zur Realisierung von Mieterstrommodellen (gemäß Richtlinie, Tz. 2.5)**
 Beratungsleistungen zum Thema Ausschreibung nach EEG (gemäß Richtlinie, Tz. 2.7)

** Investitionen in Photovoltaikanlagen (gemäß Richtlinie, Tz. 2.1) und Investitionen in Energiespeichersysteme (Batteriespeicher und thermische Energiespeicher gemäß Richtlinie, Tz. 2.2) können als Vorhaben gemeinsam beantragt werden.

*** Investitionen zur Realisierung von Mieterstrommodellen in Verbindung mit einer Photovoltaikanlage und/oder einem Energiespeichersystem können nicht zusammen beantragt werden. Es sind zwei separate Anträge zu stellen.

Ist bereits eine Stromerzeugungsanlage (z. B. Photovoltaikanlage,...) vorhanden? ja nein

Vorhabensort

Postleitzahl / Ort / Straße		
Bundesland Thüringen	Landkreis	Gemeindekennziffer

Vorhabenszeitraum

Vorhabensbeginn	Tag	Monat	Jahr	Vorhabensende <small>(max. 31.10. im laufenden Haushaltsjahr)</small>	Tag	Monat	Jahr

Investition-/Ausgabenplan gemäß Planungstand bzw. vorliegendem zur Vergabe vorgesehene Angebot

Maßnahmen	Gesamtbetrag (in EUR)	davon zuwendungsfähig (in EUR)
Anschaffungs- und Installationskosten <small>(gemäß Richtlinie, Tz. 2.1, 2.2, 2.5)</small>		
Planungs- und Projektierungskosten**** <small>(gemäß Richtlinie, Tz. 4.4)</small>		
Beratungsleistungen <small>(gemäß Richtlinie, Tz. 2.4 und 2.7)</small>		
Sonstiges		
Gesamtkosten des Vorhabens		

**** max. 10 % der zuwendungsfähigen Herstellungskosten

- Ich/wir habe/n zur Kenntnis genommen, dass das öffentliche Auftragswesen einzuhalten ist.
 Bei nicht öffentlichen Antragstellern (alle, außer Kommunen und deren Eigenbetriebe sowie Zweckverbände) sind **mindestens drei Angebote** einzuholen. Aufträge dürfen nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten und zu wirtschaftlichen Bedingungen vergeben werden.
 (siehe Seite 5, Nr. 5.8).

Finanzierung der geplanten Anlage

Herkunft der Mittel	in EUR
Eigenmittel (z. B. Eigenkapital, Darlehen,...)	
Fremdmittel (z. B. weitere Förderanträge/Beihilfen,...)	
beantragte Zuwendung (= zuwendungsfähige Gesamtausgaben x Fördersatz)	
Summe (Gesamtkosten des Vorhabens)	

Weitere Förderanträge / Beihilfen für das Vorhaben ja nein

(Antrag oder Bescheid in Kopie beilegen)

Wenn Ja, bei (Institut)	Art der beantragten/erhaltenen Förderung/Beihilfe	Höhe der beantragten/erhaltenen Förderung/Beihilfe in EUR

3. Angaben zum Fördergegenstand

Angaben zur Photovoltaikanlage (gemäß Richtlinie, Tz. 2.1)

geplante/vorhandene Leistung	kWp
Eine Zuwendung für Photovoltaikanlagen kann nur gewährt werden, wenn die Auslegung der geplanten Anlage den durchschnittlichen Stromverbrauch der letzten drei Jahre nicht übersteigt.	
durchschnittlicher Stromverbrauch der letzten drei Jahre (bei z. B. Haus-Neubau prognostizierter Stromverbrauch)	kWh pro Jahr
prognostizierter Jahresertrag der Photovoltaikanlage anhand der Auslegungsplanung (darf den durchschnittlichen Stromverbrauch der letzten drei Jahre nicht übersteigen)	kWh pro Jahr
Die erzeugte Energie der geförderten Photovoltaikanlage wird <u>nicht</u> in ein öffentliches Netz eingespeist oder durchgeleitet? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Nicht gefördert werden Anlagen, die in ein öffentliches Netz einspeisen und die Einspeisevergütung nach dem EEG erhalten bzw. erhalten können. Die Anlagen müssen aus technischen Gründen ans Netz angeschlossen sein, es muss aber technisch sichergestellt werden, dass kein Strom eingespeist wird. Förderunschädlich ist es, wenn aus technischen Gründen bei der Herunterregelung der Anlage für wenige Sekunden Strom ins Netz eingespeist wird. Entscheidend ist es, dass keine EEG-Vergütung erfolgt, vgl. Tz. 2.1 der Durchführungsbestimmungen.	
Der Eigenverbrauchsanteil beträgt mind. 70 % pro Jahr? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Eigenverbrauchsanteil (in % pro Jahr) = eigenverbrauchter Solarstrom pro Jahr / erzeugter Solarstrom pro Jahr. Der Eigenverbrauchsanteil entspricht dem Anteil des erzeugten Solarstroms, der entweder direkt selbst verbraucht wird oder zur Ladung des Batteriespeichers genutzt wird. Der Anteil der Herabregelung darf dabei 30 % pro Jahr nicht übersteigen.	

Angaben zum Batteriespeicher (gemäß Richtlinie, Tz. 2.2)

Speicherkapazität (Nennkapazität)	kWh
-----------------------------------	-----

Nur auszufüllen, bei alleiniger Förderung eines Batteriespeichers:

Eigenverbrauchsanteil gemessen an der aktuellen/geplanten Kapazität der Photovoltaikanlage	%
---	---

Bei alleiniger Förderung des Batteriespeichers müssen gemäß Richtlinie Tz. 3.8 mindestens 60 % der erzeugten Energie aus der Photovoltaikanlage selbst verbraucht werden. (Bsp.: Stromerzeugung Photovoltaikanlage 4.000 kWh pro Jahr, davon können 3.200 kWh pro Jahr selbst verbraucht werden = Anteil des Eigenverbrauchs 80 % → Vorgabe von mindestens 60 % gemäß Richtlinie, Tz. 3.8 erfüllt)

Angaben zum thermischen Energiespeicher (gemäß Richtlinie, Tz. 2.2)

Nur auszufüllen, bei alleiniger Förderung eines thermischen Energiespeichers:

Eigenverbrauchsanteil gemessen an der aktuellen/geplanten Kapazität der Photovoltaikanlage/ Solarthermieanlage	%
--	---

Bei alleiniger Förderung des thermischen Energiespeichersystems müssen gemäß Richtlinie Tz. 3.8 mindestens 60 % der erzeugten Energie aus der Photovoltaikanlage / Solarthermieanlage selbst verbraucht werden. (Bsp.: Energieerzeugung aus Photovoltaikanlage / Solarthermieanlage 4.000 kWh pro Jahr, davon können 3.200 kWh pro Jahr selbst verbraucht werden = Anteil des Eigenverbrauchs 80 % → Vorgabe von mindestens 60 % gemäß Richtlinie, Tz. 3.8 erfüllt)

Angaben zum Mieterstrommodell (gemäß Richtlinie, Tz. 2.5)

Eine Zuwendung für Investitionen in Mieterstrommodelle kann nur gewährt werden, wenn der günstigste Strompreis des örtlichen Grundversorgers im Mieterstrom-Arbeitspreis um mindestens 1 Cent je Kilowattstunde (brutto) unterschritten wird. (gemäß Richtlinie, Tz. 3.9)

Geplante, anzuschließende Einheiten (z. B. Wohneinheiten, Geschäftseinheiten usw.) gesamt *****	
hiervon vermietete Einheiten, die das Mieterstrommodell nutzen werden: (mind. 2 Mieteinheiten müssen enthalten sein) *****	

***** Die anzuschließende Einheiten sind detailliert in der Beschreibung und Begründung des Vorhabens zu erläutern (siehe Seite 4 „Einzureichende Anlagen zum Antrag“)

Name des Energieversorgers (örtlicher Grundversorger)	
Datum der Abfrage (beim örtlichen Grundversorger)	
Strompreis des günstigsten Tarifs des örtlichen Grundversorgers (Preis je kWh)	Cent
Strompreis Mieterstrommodell (Preis je kWh)	Cent
Entspricht der Mieterstromgrundpreis höchstens dem günstigen Stromgrundpreis des günstigsten Tarifs des örtlichen Grundversorgers? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

4. Einzureichende Anlagen zum Antrag

Zur Vervollständigung des Antrages auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen des Solar Invest-Programms sind folgende Unterlagen vorzulegen. Die Abforderung weiterer Unterlagen bleibt vorbehalten. Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn neben dem Antrag alle erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen.

Photovoltaikanlage (Richtlinie, Tz. 2.1)	Energiespeichersysteme (Richtlinie, Tz. 2.2)	Investitionen in Mieterstrom- modelle (Richtlinie, Tz. 2.5)	Beratung (Richtlinie, Tz. 2.4, 2.7.)		liegt dem Antrag bei	wird nachgereicht
x	x	x	x	Beschreibung und Begründung des Vorhabens (z.B. detaillierte Beschreibung des Vorhabens, detaillierte Erläuterung zum Stromverbrauch / zu den Hauptstromverbrauchern, Installationsort der Maßnahme am / im Gebäude, detaillierte Darlegung der Nutzer von Mieterstrom, usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x			Zeichnerische Unterlagen <ul style="list-style-type: none"> Gebäudeansicht/Gebäudedraufsicht mit Dachbelegungsplan der Module aktueller Flurkartenauszug 	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x		Kostenermittlung des antragsgegenständlichen Vorhabens nach Planungsstand bzw. zur Vergabe vorgesehene Angebot	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x	x	Nachweis der einzubringenden Eigenmittel <ul style="list-style-type: none"> Eigenerklärung (Download unter www.aufbaubank.de) für natürliche Personen Rechtsaufsichtliche Würdigung für Kommunen, deren Eigenbetriebe und Zweckverbände Durchfinanzierungsbestätigung der Hausbank/Steuerberater (Download unter www.aufbaubank.de) für Sonstige 	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x	x	Nachweis der Bereitstellung finanzieller Drittmittel (siehe Weitere Förderanträge/Beihilfen für das Vorhaben)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x	x	De-minimis-Erklärung (Download unter www.aufbaubank.de) (alle Antragsteller, ausgenommen Kommunen und deren Eigenbetriebe und Zweckverbände)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x				Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich örtlicher Bauvorschriften (Wenn ja, dann geben Sie bitte an, welche Bauvorschriften dies betrifft und wie diese eingehalten werden.) <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x		Nachweis der eigentumsrechtlichen Regelung (Anlage) Bei Abweichungen zwischen Antragsteller und Eigentümer ist in der Anlage die eigentumsrechtliche Regelung sowie deren Laufzeit entsprechend einzutragen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x		Auslegungsplanung durch Fachplaner oder Installateur anhand der geplanten Komponenten gemäß Angebot/Kostenermittlung, Ertragsprognose des Anlagenstandortes, Stromverbrauch, Eigenverbrauch, Abregelung am Einspeisepunkt, ...	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			x	Sachkundenachweis des Beraters / Beratungsunternehmens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bei Antragstellung durch Unternehmen und juristische Personen ist zusätzlich erforderlich (wenn zutreffend)						
x	x	x	x	Aktueller Handelsregisterauszug/ Genossenschaftsregisterauszug	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x	x	Anerkennung der Gemeinnützigkeit (Bestätigung vom Finanzamt)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
x	x	x	x	KMU-Bewertung (Angaben zum Unternehmen) (Anlage)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Erklärungen des Antragstellers

Ich erkläre / wir erklären,

- 5.1. mit dem Vorhaben erst nach Erhalt des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabensbeginn zu beginnen. Mir/uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages verstanden wird sowie dass bei dem Nachweis der Bezahlung eine Aufrechnung oder Verrechnung generell nicht anerkannt wird.
- 5.2. dass ich/wir uneingeschränkt Eigentümer der/des Grundstücke/s bin/sind bzw. werde/werden auf dem/denen die Investitionen durchgeführt werden. Ansprüche Dritter auf das Grundeigentum wurden nicht angemeldet und sind auch nicht bekannt. Anderenfalls erfolgt der Abschluss von Verträgen zur Erlaubnis der Errichtung geplanter baulicher Anlagen und der Grundstücksnutzung über mindestens die Dauer der Zweckbindungsfrist von 5 Jahren (die jeweiligen Regelungen sind den Durchführungsbestimmungen zu entnehmen) für die beanspruchten Flächen, siehe auch Anlage.
- 5.3. dass mir/uns bekannt ist, dass die Fördermittel ausschließlich zur Finanzierung des beschriebenen Vorhabens (Grundstückserwerb ist nicht zuwendungsfähig) verwandt werden und dass der Zuwendungsbescheid insoweit aufgehoben wird, als der Zuschuss durch in wesentlicher Beziehung unrichtige oder unvollständige Angaben oder sonst zu Unrecht erlangt wurde. In diesem Falle bin/sind ich/wir verpflichtet, den Zuschuss zurückzuzahlen und gemäß § 49a Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz für das Jahr vom Auszahlungstage an zu verzinsen.
- 5.4. **dass bei einer Investition nach Tz. 2.1 der Richtlinie (Photovoltaikanlagen) der erzeugte Strom nicht durch ein Netz durchgeleitet wird (Inselbetrieb) und der Direktversorgung in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Anlage dient.**
- 5.5. dass die Anlage keine Eigenbauanlage, kein Prototyp und keine gebrauchte Anlage ist.
- 5.6. dass das Vorhaben ohne den beantragten Zuschuss nicht bzw. nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann, dass die im Finanzierungsplan vorgesehene Eigenbeteiligung einschließlich der mit dem Vorhaben verbundenen Folgekosten gesichert ist und diese Eigenanteile nicht gleichzeitig zur Absicherung anderer öffentlich geförderter Vorhaben genutzt werden.
- 5.7. dass für dieses Vorhaben keine anderweitigen Förderungen (außer die in Punkt 2 angegebenen) beantragt wurden.
- 5.8. **dass mir/uns bekannt ist, dass das zu fördernde Vorhaben nach den jeweils geltenden Regelungen des öffentlichen Auftragswesens auszuschreiben, zu vergeben und abzurechnen ist. Bei der Vergabe von Aufträgen sind für Antragsteller nach der ANBest-P grundsätzlich mindestens drei Angebote einzuholen (Nr. 3.1 ANBest-P). Die Aufträge dürfen nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten und zu wirtschaftlichen Bedingungen vergeben werden. Abweichungen davon und die Auswahlgründe sind zu dokumentieren.**
- 5.9. dass mir/uns bekannt ist, dass Leistungen, die von einem verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen (einschließlich aller Unternehmen, an denen mit den Gesellschaftern im ersten oder zweiten Grad verwandte Personen, Ehepartner der Gesellschafter oder mit Gesellschaftern in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebende Personen Anteile halten bzw. in einer Unternehmensbeziehung stehen) erbracht werden, von der Förderung ausgeschlossen sind.
- 5.10. dass mir/uns bekannt ist, dass auf die Zahlung eines Zuschusses kein Rechtsanspruch besteht und dass ein beantragter oder bewilligter Zuschuss nicht abgetreten werden kann.
- 5.11. dass die Belange der Träger öffentlicher Belange berücksichtigt werden; entsprechende Unterlagen sind beigelegt.
- 5.12. dass mir/uns bekannt ist, dass die Thüringer Aufbaubank sich vorbehält, weitere Unterlagen anzufordern.
- 5.13. dass mir/uns bekannt ist, dass die Thüringer Aufbaubank stichprobenartig die Verwendung der Zuwendung vor Ort überprüfen kann.
- 5.14. ich/wir bin/sind unterrichtet, dass die nachstehenden Angaben im Antrag, dem Abruf sowie dem Verwendungsnachweis und die Angaben in den dazu eingereichten Unterlagen sowie Präzisierungen, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches i. V. m. § 2 des Subventionsgesetzes und § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes sind:
 - Angaben zum Antragsteller;
 - Angaben zum Vorhabensort;
 - Vorhabenszeitraum;
 - Bezeichnung der (Teil)Investition;
 - Angaben zu Folgekosten;
 - Finanzierungsplan.ich/wir bin/sind unterrichtet, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben zu diesem Antrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§ 264 des Strafgesetzbuches) und die Rückzahlung der Zuwendung zur Folge haben können. Der/die Antragsteller verpflichtet/verpflichten sich, der Thüringer Aufbaubank Änderungen bzw. den nachträglichen Wegfall von Voraussetzungen für die Subventionsgewährung anzuzeigen (§1 des Thüringer Subventionsgesetzes i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes).
- 5.15. dass gegen mich/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir bis zum Zeitpunkt der Bewilligung verpflichtet bin/sind, das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen (§1 des Thüringer Subventionsgesetzes i. V. m. § 3 des Subventionsgesetzes). Es wurde auch kein Verfahren auf Abgabe einer Vermögensauskunft nach §§ 802c Zivilprozessordnung bzw. § 284 Abgabenordnung beantragt oder eröffnet.
- 5.16. **Nur bei Vereinen/Unternehmen gültig:** dass ich/wir kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten in der gültigen Fassung bin/sind.

5.17. Nur bei Unternehmen gültig: dass keine Rückforderungsanforderung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt, der ich/wir noch nicht nachgekommen bin/sind, besteht,

5.18. dass die eingereichten Antragsunterlagen dem Originalwortlaut der Thüringer Aufbaubank entsprechen.

Ich/Wir bestätige(n), dass mir/uns die Datenschutzinformation nach Art. 13, 14 und 21 der EU-Datenschutz-Grundverordnung online über www.aufbaubank.de/datenschutzinformation oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurde.

6. Rechtsverbindliche Unterschriften

Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher in den Antragsunterlagen enthaltener Angaben. Zudem verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, alle im weiteren Verfahren (Antrag/Abruf/Verwendungsnachweis) erforderlichen Angaben vollständig und korrekt abzugeben.

Ort und Datum

rechtsverbindliche Unterschrift aller Antragsteller*****/Stempel sowie Name in Druckbuchstaben

***** Bei juristischen Personen (z. B. Vereine, Verbände etc.) ist der jeweilige gesetzliche Vertreter des Antragstellers / Zuwendungsempfängers **namentlich** zu benennen.

NACHWEIS DER EIGENTUMSVERHÄLTNISSE DER ANTRAGSGEGENSTÄNDLICHEN GRUNDSTÜCKE

Gemarkung	Flur	Flurstück	Bezeichnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Eigentümer	Eigentumsrechtliche Regelung (z.B. Pachtvertrag, Nutzungsvertrag, usw.)	Laufzeit

Ich / Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu den Eigentumsverhältnissen der aufgeführten antragsgegenständlichen Grundstücke. Diese wurden anhand des aktuellen Grundbuchs bzw. Liegenschaftsbuchs ermittelt.

Ort und Datum

rechtsverbindliche Unterschrift aller Antragsteller* / Stempel sowie Name in Druckbuchstaben

* Bei juristischen Personen (z. B. Vereine, Verbände etc.) ist der jeweilige gesetzliche Vertreter des Antragstellers / Zuwendungsempfängers **namentlich** zu benennen.